

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Das 500-Milliarden-Paket für Bankiers und Spekulanten diktiert der Bevölkerung die Rechnung. Wie kann diese gigantische Umverteilung sofort gestoppt und annulliert werden?

Mit Hilfe der 4 „Mandatsbrecher“ wurde am 3. November die Bildung einer SPD-Regierung unter Andrea Ypsilanti in Hessen für einen Politik- und Regierungswechsel, für die Ablösung von Koch, erneut torpediert.

Seit Monaten erleben die WählerInnen, die SPD-Basis und die GewerkschafterInnen, dass von den politischen Gegnern, Merkel und der CDU und einer heftigen Medienkampagne alles getan wird, um den Regierungs- und Politikwechsel zu verhindern.

Sie mussten aber auch erleben, wie die entschiedensten Verfechter der Schröder/Agenda-Politik, einer Politik der „großangelegten Umverteilung“ von arm zu reich, der Plünderung der öffentlichen Haushalte und sozialen Kassen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, die Müntefering, Steinmeier und Steinbrück, die Erfüllung des Wählerauftrags durch die Bildung einer SPD-Regierung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hintertrieben haben.

Vier Vertreter des Aufrufs der 60 SPD- und Gewerkschaftsverantwortlichen schreiben in einem neuen Aufruf (s. S. 6) in der Bilanz der Agenda-Politik: „Exorbitante Unternehmensgewinne und ausufernde spekulative Anlagen waren nur vor dem Hintergrund der groß angelegten Umverteilung und Entstaatlichung zulasten der Arbeitnehmerschaft, der EmpfängerInnen von Sozialtransfers und der öffentlichen Kassen aller staatlichen Ebenen möglich. (...) Die eingesparten Löhne, die abgebauten Sozialleistungen und die dauernd angestiegenen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen gestiftet, sondern sind großenteils auf den Weltfinanzmärkten verloren gegangen.“

14 Tage vor dem Sabotageakt in Hessen, am 17. Oktober, war von der Großen Koalition und entschieden mitgetragen von der „engeren SPD-Parteiführung“, in

einem beispiellosen parlamentarischen Eilverfahren das 500-Mrd.-Euro-„Rettings“paket für die Bankiers und Spekulanten durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht worden.

Doch ist dieses 500-Mrd.-„Nothilfeprogramm“ (!) – Merkel – für die Banken nicht ein noch empörenderes gigantisches Umverteilungsprogramm zugunsten der Reichen, Bankiers und Spekulanten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, „ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer? Dieses Paket, das sich einschreibt in das Diktat der Europäischen Zentralbank: 1700 Milliarden Euro sollen die europäischen Regierungen unter Berufung auf das „allgemeine Interesse“ für die Banken und Spekulanten aufbringen – ein europaweiter Raub am Volksvermögen.

Erstes Opfer – eine sozialdemokratische Regierung unter A. Ypsilanti in Hessen

„Dieses 500-Milliarden-Angebot an die Bankiers und Spekulanten lässt nicht nur nichts übrig für wirkliche Nothilfe-Maßnahmen für Schulen und die gesamte Bildung, für Krankenhäuser und geschützte Tariflöhne usw. Es ruiniert die öffentlichen Haushalte endgültig und fordert noch schlimmere Opfer von der Bevölkerung“, heißt es in einer Erklärung der hessischen Arbeitnehmerinitiative: „Im Rahmen dieser Politik der neuen und schlimmeren Umverteilung gegen die Bevölkerung war noch weniger Platz für die von der hessischen SPD, von Andrea Ypsilanti geführte Regierung, die festhält an der Wiederherstellung der Bedingungen für eine qualifizierte Bildung für alle, die die Tarifautonomie wiederherstellt und den Flächentarifvertrag gegen Lohndumping verteidigt, die statt Hartz IV wieder sozialversicherungsspflichtige Arbeitsverhältnisse fördert.“

Große Koalition auch in Hessen, das ist

die Basta-Antwort von Müntefering und auch seiner Mitstreiter in der Großen Koalition, Steinmeier und Steinbrück. Denn so soll im Namen „gesamtstaatlicher Verantwortung“ das soziale Zerstörungsprogramm, dass das 500-Mrd.-Angebot an die Bankiers und Spekulanten allen Ländern und Kommunen aufzwingt, auch in Hessen durchgesetzt werden – wofür der Wählerauftrag an die dortige SPD und Andrea Ypsilanti gebrochen werden musste.

„Die SPD muss entschiedener gegen die Krise vorgehen!“ fordern die vier genannten SPD-Abgeordneten, für eine „wirksame Politik der sozialen Gerechtigkeit“, die „gleiche Zugänge für alle zu Bildung und Daseinsvorsorge und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums voraussetzt.“

Und die Hessische Arbeitnehmerinitiative schreibt: „Notwendig ist eine Offensive der SPD für eine Politik der Aufhebung der sozialen Ungerechtigkeiten und zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend gegen die Krise!“ Und das heißt heute: vereinte Offensive der hessischen SPD mit ihrer Vorsitzenden Andrea Ypsilanti und ihrem neuen Kandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel.

Im Zentrum einer solchen politischen Offensive kann nur die Forderung nach **Stopp und Rücknahme des 500-Mrd.-Umverteilungsprogramms stehen**, das jeder Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und für Schutzmaßnahmen gegen die Krise den Boden wegzieht.

Ohne Zweifel ist die Verpflichtung der gesamten SPD auf diese Forderung die entscheidende Hilfe, damit die SPD in Hessen die notwendigen Wählerstimmen der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, RentnerInnen, Kranken und Jugendlichen für die SPD-Regierungsmehrheit gewinnen kann, die endlich Schluss macht mit Koch, und dem Wählerwillen endlich Respekt verschafft. - CARLA BOULBOULLÉ